Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. **Bezug:** Durch die Postanstalten oder den Verlag — **Bezugspreis:** Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — **Verlag** des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr 4 — **Redaktion:** Helene Hanna Cohn, München.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — **Anzeigenannahme:** Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. **Fernsprecher:** 53099. **Postscheckkonto:** München 3987.

Nummer 7 | **München / 4. Jahrgang** | **16. Februar 1917**

Syrien und Mesopotamien.

Es ist im Laufe des Weltkrieges schon mehrmals und von berufener Seite gesagt worden und kann auch gar nicht oft genug gesagt werden: für die asiatische Türkei ist der Jude ebenso notwendig wie für den Juden die asiatische Türkei.

Wir haben gerade in den allerletzten Wochen wieder reichlich Gelegenheit gehabt, unser Interesse den wirtschaftlichen Bedingungen in der Türkei zuzuwenden, denn durch die Zeitungen ging die Nachricht vom endgültigen Abschluß jener Verträge, die in Zukunft ein freundschaftliches Zusammenarbeiten der verbündeten Mächte auf dem Gebiete des Handels und der Industrie verbürgen und fördern sollen. Der von der Handelshochschule München im Börsensaale veranstaltete Vortragszyklus über das türkische Wirtschaftsleben gibt uns Aufschluß über wichtige Einzelheiten dieser bedeutsamen Frage. Aus dem Vortrage des ersten Abends (über den wir an anderer Stelle berichten), klang das gleiche Leitmotiv heraus, das wir in den Äußerungen aller Kenner den Türkei finden: das Land bietet gewaltige Möglichkeiten, die Mittel zur Erschließung des Landes können beschafft werden, nur an einem mangelt es, nämlich an den Menschen, die geeignet sind, dieses Werk der Erschließung in Angriff zu nehmen. Das ist das übereinstimmende Urteil aller Sachverständigen.

Der Türke, der Araber, der niemals mit europäischen Maschinen umgegangen ist, niemals rationelle europäische Arbeitsmethoden kennen gelernt hat, ist sicherlich nicht imstande, selbständig das Werk der großzügigen landwirtschaftlichen Produktion und Industrie in Angriff zu nehmen, seine Waren in geeigneter Weise auf den Weltmarkt zu bringen. Andrerseits ist gerade während des Krieges sein Selbstbewußtsein gewaltig gewachsen, und gegen eine Bevormundung durch den Europäer würde er sich energisch zur Wehr setzen. Andrerseits wird jeder, der den Deutschen im Orient beobachtet hat, zugeben müssen, daß dieser bisher dem Orientalen mit einer so stark betonten Wesensfremdheit und einem so ausgesprochenen Gefühl der Überlegenheit entgegentrat, daß der leicht verletzbare Orientale hinter der ihm fremden Wesensart leicht Herrschergelüste vermuten konnte. Aber gesetzt den Fall, der Deutsche würde seine Eigenart dem Türken und Araber genügend anpassen können, so bliebe noch immer die Frage offen, woher man die Menschen nehmen solle, die zur Besiedlung und Ausbeutung der bisher gar nicht oder nur ungenügend bewohnten und bewirtschafteten Gebiete in Betracht kommen. Denn darüber, daß nur eine verhältnismäßig winzige Zahl von Deutschen für eine Ansiedlung in der Türkei in Betracht kommt, besteht kein Zweifel.

Wo aber ist das Menschenelement, das einerseits europäische Arbeitsenergie besitzt und europäische Arbeitsmethoden beherrscht, andrerseits dem Wesen des Orientalen so nahe steht, daß es ihm nicht als ein seiner Überlegenheit bewußter Herr, sondern als ein verständnisvoller und nicht nur zum Lehren, sondern auch zum Lernen bereiter Bruder entgegenkommt? Es ist hier schon mehrfach gesagt worden und sei nochmals gesagt: der einzige, der diese für die sowohl auf türkischer wie auf deutscher Seite ersehnte Erschließung der Türkei unerläßlichen Gaben besitzt, ist der Jude.

Seine orientalische Abstammung, die sich noch heute in vielen Wesenszügen offenbart, seine Liebe zu dem Lande, in dem sich die größten Schicksale seines Volkes vollzogen, sicherlich seine Sprache, nämlich das Hebräisch, das im Orient seine Auferstehung feiert und der Sprache der Landesbewohner nahe verwandt ist, lassen ihn als einen hervorragend geeigneten Bewohner türkischen Landes erscheinen. Und andrerseits: das rasche Verständnis des Juden für alle neuen Methoden und Möglichkeiten der Produktion und Industrie, seine Vertrautheit mit europäischen Anschauungen und Gewohnheiten und nicht zuletzt die Umgangssprache des Ostjuden, nämlich das Jidisch, die ihm die Verständigung mit dem Deutschen so leicht macht, lassen ihn wie geschaffen für den Verkehr der Türkei mit Europa erscheinen.

Und wiederum sei darauf hingewiesen, daß die Schaffung von Ansiedlungs- und Erwerbsmöglichkeiten in der Türkei für (mit einer näheren Zukunft rechnend, dürfen wir wohl sagen: Tausende, weitere Horizonte ins Auge fassend, können wir sagen: einige Millionen) Juden wenn nicht eine Lösung, so doch einen bedeutenden Schritt zur Lösung der schier unlösbaren Ostjudenfrage bedeuten würde.

Selbst dem größten Optimisten müssen die Vorgänge der letzten Zeit bewiesen haben, daß die Lage im Osten die Juden zu keinerlei Zukunftshoffnungen berechtigt; daß im Gegenteil Erscheinungen wie die Einführung der unbedingten Sonn- und Feiertagsruhe für alle Bewohner Warschaus, daß die Vorgänge im Warschauer Stadtparlament, die Schul- und Armenunterstützungsfrage, die Verbannung der jüdischen Kaufleute durch die polnischen in eine Art Ghetto des Warschauer Handelsgewölbes und andere Ereignisse Vorboten einer Zukunft sind, die wahrscheinlich durch einen schweren Kampf der Polen gegen die Ju-

den gekennzeichnet sein wird — ein Zustand, der nicht nur für die Juden unerträglich, sondern auch für die Polen selbst und die am Königreiche interessierten Mittelmächte unhaltbar sein wird.

Wenn nun vielfach darauf hingewiesen wird, daß ja Amerika ein genügend großes Abflußbecken für die Juden, denen im Osten die Existenz unmöglich gemacht wird, bilde, so muß man sich hierbei doch immer wieder fragen, ob wirklich auf diesen Zufluchtshafen auf die Dauer zu rechnen ist (die kürzlich erfolgte Annahme des Burnett-Dillinghamschen Analphabetengesetzes ist ein neuer bedrohlicher Beweis für die wachsende Tendenz, die jüdischen Auswanderer von den amerikanischen Häfen fernzuhalten). Aber selbst wenn die Einwanderung sich weiter ungestört nach Amerika wenden kann, muß man sich fragen, ob es im Interesse des deutschen Reiches ist, dem in seiner Industrie und, wie der Weltkrieg gelehrt hat, in kritischen Zeiten als Hauptmunitionslieferant für Deutschlands Feinde wirkenden Amerika eine Fülle von Kräften abzugeben, die ebensogut oder vielleicht besser für die Erschließung der befreundeten Türkei nutzbar gemacht werden könnten.

Von maßgebender Seite ist im Laufe der letzten beiden Jahre häufig die besondere Eignung der Juden für die Besiedlung und Erschließung der Türkei dargelegt worden, und alle neuen Urteile über das Land und seine Möglichkeiten scheinen eine neue Bestätigung der Überzeugung zu sein, daß die Ermöglichung einer Abwanderung von Ostjudenmassen nach der asiatischen Türkei sowohl für diese wie auch für die an ihr interessierten Mächte, besonders aber für die Juden selbst die Lösung eines beängstigend schweren Problems bedeuten dürfte.

Freilich — dies sei denen gesagt, die da glauben, der Hinweis auf Syrien und Mesopotamien bedeute eine opportunistische geographische Änderung oder Erweiterung des zionistischen Gedankens — die Judenfrage in ihrer ganzen Größe würde hierdurch ebensowenig gelöst werden können, wie durch die jüdische Massenauswanderung nach Amerika. Aber es wäre doch die Möglichkeit gegeben, daß Judenmassen durch eine Besserung der materiellen Bedingungen und durch die Einfühlung in die Landschaft, das Klima, den Geist des orientalischen Landes eher zu der ersehnten inneren Renaissance gelangen könnten als unter den jetzigen unhaltbaren Lebensbedingungen.

Türkisches Wirtschaftsleben.

Ein Vortagszyklus veranstaltet von der Handelshochschule München im Börsensaal, brachte am ersten Abend das Thema: „Allgemeine Grundlagen des türkischen Wirtschaftslebens mit besonderer Berücksichtigung der Industrieaussichten“, mit Reinh. Junge aus Berlin, einem der Geschäftsführer der Zentralgeschäftsstelle für deutsch-türkische Wirtschaftsfragen, als Referenten. Er schilderte zunächst die Türkei als Produzenten und Rohstofflieferanten. Von tierischen Rohstoffen sind die wichtigsten: Schafwolle, Seide, Felle und Leder, von pflanzlichen: Baumwolle, Arzneipflanzen, Ölfrüchte (und Blumenölstoffe), von Mineralien: Chrom und Erdöl, auch Kupfer, Mangan und Blei. Die hier liegenden Möglichkeiten zu entwickeln, wird bei dem dermaligen Stand der Dinge nicht leicht sein, und mindestens ein Jahrzehnt wird vergehen müssen, bis die Türkei eine einigermaßen erhebliche Menge von Rohstoffen überhaupt zu produzieren imstande sein wird. Ein ganze Reihe von Reformen muß erst einsetzen, und die produzierten Mengen werden dann nicht ohne weiteres für den Export in Betracht kommen, sondern der eigenen (türkischen) Industrie zugeführt werden. Im zweiten Jahrzehnt aber wird mit einem sehr erheblichen Export zu rechnen sein. Für uns wird es sich bis dahin, neben der Betätigung in Veruchswirtschaften, um kapitalistische Beteiligung handeln und um die Hebung der Aufbereitungsindustrie (besonders für Öl und Seide), die bisher so gut wie ganz gefehlt hat. Auch die Handelsorganisation bietet wichtige Aufgaben.

Für die türkische Industrie sind die von der Natur gegebenen Möglichkeiten gleichfalls recht günstig. Zwar fehlt es an guter Kohle, dafür gibt es Naphtha und ziemlich viel Braunkohle, die in Elektrizität umgewandelt werden könnte. Hemmend wirkt ja der große Menschenmangel, indes werden die Verhältnisse einige bestimmte Industrien erlauben, besonders für Kunstgewerbe, Massenindustrie in Leder, Zement, Ziegel, Konserven und Aufbereitungen, vielleicht auch in Zucker und Papier.

Der deutsche Industriewarenexport wird in vielen Artikeln der billigen und schlechten Massenware von Manchester und auch von Italien gegenüber nicht konkurrenzfähig sein, aber für die meisten unserer Spezialartikel (Maschinen, Dungstoffe, pharmazeutische Mittel, Instrumente u. a.) wird die Nachfrage rasch wachsen, und je mehr die eigene türkische Industrie sich festigen wird, um so günstiger werden unsere Aussichten, um so ungünstiger die der Ententeländer. Völlig verkannt werden freilich hiebei die Bedürfnisse der Türkei, und daß sie je einen Ersatz für unseren Übersee-Export abgeben könnte, daran ist nicht zu denken. Bisher handelt es sich nur um 0,7% unseres Außenhandels; wenn die Ausfuhr sich in zehn oder zwanzig Jahren verdrei- oder vervierfacht, werden wir froh sein dürfen!

Zum Schluß bezeichnete es der Vortragende geradezu als eine Existenzfrage für unseren Export, ob es uns gelingt, jetzt schon das Nötige vorzubereiten, um die argen Lücken gegenüber dem englischen und französischen Vorsprung auszufüllen; denn auf besonders große Konzessionen werden wir nicht zählen dürfen, die Türkei steht auf dem Standpunkt der völlig freien Konkurrenz. Vor allem müßten wir bekannt zu werden suchen, mit vertrauenswürdigen Vertretern uns in persönliche Verbindung setzen, damit nach dem Krieg nicht das ganze Geschäft in die Hände der Entente zurückgespielt wird (denn die Türkei ist konservativ). Und schwierig, recht schwierig wird in jedem Fall die Arbeit sein, und alles wird langsam vor sich gehen. Das Geld liegt dort nicht auf der Straße, für Spekulanten ist kein Raum, nur Leute, die über die nötigen Grundlagen an Auftreten, an Kenntnissen und an Kapitalien verfügen, haben Aussichten auf Erfolge, zum Teil auch große Erfolge. Ein großes schwieriges Kapitel bildet die im Orient so hochwichtige Frage der Taktformen, in die sich hineinzufinden nicht jedem gegeben ist. „Wenn ihr nicht Männer haben werdet“, sagte ein alter russischer General zu dem Vortragenden, „die die Seele des Orients verstehen, wenn die Eurigen vielmehr die Türkei werden deutsch machen wollen, dann wird die Stunde für Rußland gekommen sein“.

Die erste Sitzung des Amerikanisch-Jüdischen Kongreß-Komitees.

Der 25. Dezember 1916 ist der Tag, an dem die erste Konferenz des Kongreß-Organisierungs-Komitees zusammentreten konnte, die alle Parteien im Judentum vertrat.

Die Morgensitzung galt hauptsächlich der Wahl des vorläufigen Präsidenten für das neue Komitee. In namentlicher Abstimmung wurde Herr Adolph Kraus (49 Stimmen) gegen Herrn Louis Marshall (45 Stimmen) gewählt. Zum provisorischen Sekretär wurde Bernard G. Richards ernannt.

Sodann erfolgte die Wahl folgender Komitees: Nominierungs-Komitee, Zeit- und Ort-Komitee, Wahl-Methoden-Komitee, Hilfsarbeit-Komitee.

Die Nachmittagsitzung war den Berichten der verschiedenen Komitees gewidmet. Es wurde beschlossen:

1. Daß der Kongreß in Washington abgehalten werde.
2. Daß die Wahl von Delegierten zum Kongreß sofort beginne, so daß die gewählten Delegierten sich bereit halten können, auf Grund einer kurzen Verständigung zum Kongreß zusammenzutreten.
3. Daß die Festsetzung des genauen Datums des Kongresses dem Administrations-Komitee überlassen werden solle, mit der Maßgabe jedoch, daß dieses Datum nicht später als auf den ersten Tag des Monats Mai 1917 falle, wenn nicht am oder vor dem 15. März 1917 das Administrations-Komitee durch zwei-drittel Stimmenmehrheit es für unzweckmäßig erklären sollte, den Kongreß vor dem 1. Mai 1917 einzuberufen; in diesem Falle soll das Exekutiv-Komitee am ersten Sonntag des April 1917 zusammentreten und das Datum des Kongresses endgültig feststellen.

Ein Antrag von Dr. Harry Friedenwald wurde angenommen, daß die Frage des ökonomischen Wiederaufbaues auf der Tagesordnung des Kongresses zu stehen habe und daß die Entscheidung über die Detail-Fragen dem Kongresse selbst überlassen werden solle.

Auf der Abendsitzung wurde der Bericht des Wahl-Komitees entgegengenommen. Das ganze Land soll in Kongreß-Distrikte eingeteilt werden, und jeder Staat soll wenigstens eine Stimme haben. Jeder Jude oder jede Jüdin über 21 Jahre hat das Recht zu stimmen.

Schließlich wurde einstimmig der bekannte Philanthrop und Zionist Nathan Straus als Vorsitzender des Komitees gewählt.

Herr Krause stellte Herrn Nathan Straus der Versammlung als den „ungekrönten König der Juden in Amerika" vor.

Als Vize-Präsidenten wurden gewählt: Harry Cutler, Dr. Harry Friedenwald, Morris Hilquit, Prof. Isaac Hourwitz und Leon Sanders. Zum Schatzmeister wurde Adolph Lewisohn gewählt, zum Sekretär Bernard G. Richards.

Einiges über die Mischehe.

Dr. Paula Weiner-Odenheiner, Regensburg.

Hand in Hand mit den Arbeiten des nationalen Judentums für die Ziele äußerer Politik gehen die Bestrebungen zur Ergründung und Darlegung der inneren sozialen und soziologischen Vorgänge des Judentums in Geschichte und Gegenwart. Die Bevölkerungszustände und die sozialen Verältnisse sind Gebiete, die in den letzten Jahren oft behandelt wurden. So haben uns Ruppin, Theilhaber und Segall in ihren bekannten Büchern die Bevölkerungsvorgänge dargestellt und zum Teil ihre Schlüsse für den Fortbestand des Judentums aus ihren Forschungen gezogen. Mit Hilfe der in den letzten Jahren beliebt gewordenen mathematisch-statistischen Methode hat David Tachauer ein Teilgebiet des jüdischen Bevölkerungsproblems, nämlich das der Mischehe, in einem Aufsatz: „Statistische Untersuchungen über die Neigung zu Mischehen"[1]) zu ergründen unternommen.

Wenn wir die Methoden der oben genannten jüdischen Statistiker in Vergleich mit der von Tachauer angewendeten Methode setzen, so bekommen wir nicht nur einen Einblick in die statistische Art der Betrachtung der Bevölkerungsvorgänge, sondern wir werden bei diesem Vergleich auch ein genaueres Bild der betreffenden jüdischen Bevölkerungsvorgänge selbst erhalten.

Die früheren Statistiker fragten sich, wie viele ungemischte Ehen wurden bei den Juden geschlossen? Wie verhalten sich hierzu die gemischten Ehen prozentual?

Beispielsweise sieht eine statistische Tabelle bei Theilhaber[2]) so aus:

Es trafen Mischehen auf je 100 Judenehen

	In Bayern	In Hessen
1866—1875	—	0,6
1876—1880	3,66	5,3
1881—1885	3,06	3,9
1886—1890	4,38	4,9
1891—1895	6,76	4,1
1895—1899	8,45	5,7
1900—1906	8,71	8,2
1905—1907	8,93	10,3

Für jede Periode wird der Mischehenanteil herausgerechnet und alsdann in Beziehung zu dem Anteil der Mischehen an den ungemischten Ehen der folgenden Jahresabschnitte gesetzt. Dies ist die allgemeinste Art der Mischehenbetrachtung. Wenn Ruppin und Theilhaber in ihren Statistiken die Mischehe des männlichen Juden getrennt von der Mischehe der Jüdin betrachten, so ist dies schon eine feinere Art der Anschauungsweise.

So stellt Theilhaber für Preußen folgende Statistik auf:

[1]) Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 71. Jahrg. 1915, Heft 3—4.

[2]) Der Untergang der deutschen Juden S. 105 ff.

Es heirateten einen christlichen Gatten in Preußen von je 100 heiratenden jüdischen Männern:

1903	1904	1905	1906	1907	1908
9,6	11,0	11,8	10,5	12,3	12,7

von je 100 heiratenden jüdischen Frauen

1907	1908
10,5	12,1

Es ist wichtig für die Erlangung positiver Ergebnisse, daß die Geschlechter ausgeschieden werden, da andere innere Vorbedingungen den Juden als die Jüdin zur Mischehe führen.

Richtiger wird das Verfahren, wenn man nicht die Paare bei der Mischehenbetrachtung miteinander in Beziehung setzt, sondern die Personen. Denn bei einer Mischehe gehört nur der eine Teil dem zu betrachtenden Bevölkerungsbestandteil an, während bei einer ungemischten Heirat jedes der Heiratenden zu dieser Gemeinschaft gehört.

Es ergäbe sich dann für die Mischehen der Juden in Berlin:

Auf 100 rein jüdische Ehen treffen:

alte Methode:	Anzahl der Mischehen nach Paaren:
Im Jahre 1892	27,2
„ 1893	28,6
„ 1894	28,6
„ 1895	31,0

neue Methode:	Anzahl der Mischehen nach Personen:
Im Jahre 1892	13,6
„ 1893	14,3
„ 1894	14,3
„ 1895	15,5

Es erscheint also prozentual die Hälfte weniger, ohne daß tatsächlich irgend eine Veränderung stattgefunden hat.

Alle diese Methoden der Bevölkerungsvorgänge geben ein gutes Bild von der Zu- und Abnahme der Mischehen, was meist auch für den normalen Bedarf an Erkenntnis genügt. Will man jedoch mehr als die Bevölkerungsvorgänge beschreiben, will man auf die Ursachen der Mischehen eingehen, so genügt diese Methode nicht. Hier muß eine feinere und kompliziertere Methode in Anwendung kommen, wie sie Tachauer in dem oben erwähnten Aufsatz für die Mischehe durchführt.

Bei dieser Methode werden nicht nur die einzelnen Personen, die eine Mischehe eingehen, es wird ferner nicht nur die Mischehe der jüdischen Männer gesondert von derjenigen der jüdischen Frau betrachtet, sowie, ob die eine Mischehe eingehende Person einen Katholiken oder einen Protestanten heiratet, sondern es wird auch untersucht, wie die Neigung zu Mischehen von der Bevölkerungsdichte und der Zusammensetzung der Bevölkerung des zu untersuchenden Gebietes abhängt. Diese Neigung oder Geneigtheit zu Mischehen aber leitet Tachauer nicht aus den bisherigen oben erwähnten Berechnungen durch Schlußfolgerungen ab, sondern er will sie unmittelbar bestimmen. Dies ist nur durch eine völlig andere Betrachtungsweise als bisher möglich.

Tachauer betrachtet die Erscheinung der Mischehe rein als Massenereignis, er sieht jede einzelne Ehe als Elementarereignis, er sieht davon ab, daß die Ehe in Wirklichkeit eine durchaus persönliche, von tausend individuellen und sozialen Einflüssen bestimmte Handlung ist. Er geht davon aus, daß nur die, die wirklich geheiratet haben, für die Betrachtung der Frage überhaupt in Betracht kommen. Er stellt sich die Frage, wie viele Ehen wurden geschlossen, wie viele sind davon Mischehen, wie viele Ehen wären überhaupt möglich gewesen. Das Verhältnis nun der tatsächlich geschlossenen Mischehen zu den möglichen gibt Tachauer in den verschiedenen Jahren den Gradmesser für die Neigung zu Mischehen. Eine Tabelle sieht bei Tachauer so aus:

Tabelle 1.

Bayern r. d. Rh.

Heiratende.[3])

	ev. Männer	ev. Frauen	kath. Männer	kath. Frauen	isr. Männer	isr. Frauen	Paare
1901—05	53 734	52 693	150 361	151 486	1823	1799	206 106
1906—09	44 411	43 752	126 365	127 153	1376	1348	172 365

Tabelle 2.

Mischehen:

	ek	ke	ei	ie	ki	ik	ek+ke	ei+ie	ki+ik
1901—05	8926	7858	40	30	25	53	16784	70	78
1906—09	7718	6995	31	39	29	45	14713	70	73

Tabelle 3.

Wahrscheinliche Ehen.[4])

		ev. Frau	kath. Frau	isr. Frau
1901—05	e. M.	13 740	39 500	469
	k. M.	38 444	110 450	1313
	i. M.	466	1340	16
1906—09	e. M.	11 273	32 762	347
	k. M.	32 076	93 266	988
	i. M.	348	1 016	11

Tabelle 4.

Neigungskoeffizient.[5])

	ek	ke	ei	ie	ki	ik	ek+ke	ei+ie	ki+ik
1901—05	0,23	0,20	0,09	0,06	0,02	0,04	0,22	0,07	0,03
1906—09	0,24	0,22	0,09	0,11	0,03	0,04	0,23	0,10	0,04

Jedenfalls läßt diese kleine Probe der neuen Methode erkennen, wie viel komplizierter sie ist als die landläufige, wie viel feinere Ergebnisse aber da-

[3]) ek = Mann evangelisch, Frau katholisch. — ke. = Mann kath., Frau prot. usw.

[4]) Die Zahl der wahrscheinlichen Ehen ergibt sich, wenn man die Angehörigen je zweier Konfessionen (nach dem Geschlecht) kreuzt, — siehe Tabelle 1 — multipliziert und das Produkt durch die Anzahl der Paare — s. letzte Rubrik von Tab. 1 — dividiert.

[5]) Der Neigungskoeffizient ergibt sich, wenn man die Ziffern von Tab. 2 durch die Ziffern von Tab. 3 dividiert, z. B.: 8926 : 39500 = 0,23.

raus abgeleitet werden können, besonders wenn man diese Mischehenbetrachtung aufs feinste auf die verschiedensten oben erwähnten Gesichtspunkte ausdehnt. Es wäre jedenfalls zu wünschen, daß solche feinere Art der Betrachtung auch auf andere Untersuchungen jüdischen Volkstums ausgedehnt würde.

Werfen wir nun auch einen Blick auf die Ergebnisse der wahllos angeführten Tabellen, so finden wir, daß auf jede Art der Methode ein Ansteigen der Mischehenziffer zu beobachten ist.

Ein ziemliches Ansteigen ist in den Großstädten zu bemerken, aber auch in den einzelnen Provinzen, bezw. Bundesstaaten steigt mit wenigen Ausnahmen die Mischehenziffer ständig. So haben von 22 solchen nach Tachauerscher Berechnung 13 eine Tendenz zur Zunahme der Mischehen, sowohl der evangelisch-jüdischen wie der katholisch-jüdischen zu verzeichnen. 5 haben eine meist starke Zunahme der evangelisch-jüdischen, aber eine Abnahme der jüdisch-katholischen in den angegebenen Zeiträumen zu verzeichnen. Von den übrigen 5 lassen nur 2 eine Abnahme der Neigung zu jüdischen Mischehen erkennen, 3 Bundesstaaten bleiben sich gleich. Wir sehen, daß auch durch diese Methode eine Zunahme der Mischehen zu erkennen ist.

Tachauer kommt über diese zahlenmäßige Ergebnisse hinaus auch zu allgemeinen Schlußfolgerungen.

Er stellt fest, daß an und für sich eine Abneigung zu Mischehen vorhanden ist und daß bei allen Konfessionen die Tendenz zu reiner Ehe vorherrscht, daß auch immerhin die Neigung von Juden zu Mischehen mit Christen bedeutend geringer ist als die der Christen untereinander, was schon als Erfahrungstatsache bekannt ist, was aber hier nochmals durch die Berechnungen festgestellt wird. Im Allgemeinen herrscht die Tendenz, daß die Minorität darnach strebt, sich mit der herrschenden Majorität zu vermischen. Immerhin spielt bei den Juden der Bevölkerungsanteil an der Gesamtheit eine untergeordnete Rolle gegenüber anderen Faktoren, wenngleich ihm doch ein gewisser Einfluß zuzukommen scheint, indem bei sonst gleichen Umständen das Gebiet die größere Neigung zu jüdisch-christlichen Mischehen hat, das den kleineren Prozentsatz Juden hat.

Wir sehen nun, daß auch so willkürliche Handlungen wie es die Ehe ist, unter einer gewissen Gesetzmäßigkeit stehen und daß gewisse Vorbedingungen die Mischehe begünstigen oder sie beeinträchtigen.

Wir fragen uns noch zum Schluß, hat der Krieg in irgend einer Richtung auf die Neigung zu Mischehen eingewirkt?

Leider liegen noch keine Untersuchungen nach der Methode von Tachauer vor.

Vor einiger Zeit erschien in der „Frankfurter Zeitung" eine von E. K. (Ernst Kahn) unterzeichnete Statistik über die Mischehen in Deutschland nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich. — Auf 100 reine Ehen kamen

1901 . . . 17 Mischehen,
1913 . . . 31 Mischehen,
1914 . . . 53 Mischehen.

Trotzdem hier die Hälfte aller von den Juden geschlossenen Ehen als Mischehe erscheint, darf noch nicht auf eine allzu starke Tendenz der Zunahme in und nach dem Kriege geschlossen werden. Man mußte am Anfang des Krieges mit einer starken allgemeinen Verbrüderungstendenz rechnen, die vielleicht häufiger zu Mischehen führte als früher.

Wie ist nun unsere Stellung zum Problem der Mischehe? Dem Menschen, dem die allgemeine Menschheits- und Verbrüderungsidee als höchstes gilt, wird die Mischehe als Vorstufe zur Erfüllung seiner Ideale erscheinen. Von einem hohen Gesichtspunkte aus wird dieser im Rechte sein. Diejenige religiöse oder Rassengemeinschaft jedoch, die darnach strebt, sich zu erhalten und rein weiterzupflanzen, muß jede Mischung als Verlust buchen und jede einzelne Mischehe muß ihr als Gemeinschaftsangelegenheit erscheinen. Sie muß Mittel und Wege suchen, den bestehenden Tendenzen, soweit möglich, entgegenzuarbeiten oder sie wenigstens in ihren Wirkungen aufzuhalten. Nun ist dies gerade bei der Mischehe ein äußerst schwieriges Problem. Sie wird meiner Ansicht nach von zwei Tendenzen — in kristallisierter Form ausgedrückt — bedingt, nämlich von der Erotik und der äußeren Erreichbarkeit. Die innere Voraussetzung des Einzelnen zur Mischehe kann, wenn es auch im ersten Augenblick so erscheinen mag, hierunter nicht gerechnet werden. Sie ist nur ein labiler Faktor, da selbst wenn sie sehr stark negativ vorhanden war, sie durch die Erotik sehr schnell positiv umgewandelt werden kann. Man hat ja sehr oft die Erfahrung gemacht, daß Leute, die auf rein positiver jüdischer Seite standen, sei es nun religiös oder national, trotzdem zur Mischehe kamen. Die erotische Seite nun selbst muß in ihrem Eintreten wie ein Naturereignis gewertet werden und kann nicht im geringsten Gegenstand irgendwelcher politischer Tendenzen und Verbesserungsmaßnahmen sein. Auch die äußere Erreichbarkeit, bedingt durch die gesellschaftliche Gruppierung, kann von irgend welcher Gemeinschaft nicht beeinflußt werden. So steht hier die jüdische Gemeinschaft aus allgemeinen Gesichtspunkten vor einem schwierigen Problem.

Will sie nun tatsächlich versuchen, der jüdischen Mischehentendenz entgegenzuarbeiten, so kann sie es höchstens in einer der besprochenen Form entgegengesetzten Form tun. Sie kann die Erreichbarkeit der einzelnen für eine Ehe in Betracht kommenden Personen innerhalb der Gemeinschaft erhöhen; so kann sie außenstehende Elemente mehr dem allgemeinen jüdischen Gesellschaftsleben in jeder Form näher zu bringen

suchen (hier kämen vor allem zugezogene jüdische Kaufleute oder Ostjuden in der Großstadt in Betracht). Die jüdische Gemeinschaft könnte auch bestrebt sein, die inneren Voraussetzungen für eine Mischehe womöglich zu verringern. Man müßte auf der Schule jüdisches Bewußtsein pflegen, man müßte darnach streben, die Formen der jüdischen Ehevermittlung zu veredeln, die sehr oft den feiner Organisierten ins andere Lager treiben.

Doch das sind nur kleine Mittel, die nur ganz vereinzelt Erfolg versprechen. Wenn nicht von innen heraus eine allgemeine Regeneration kommt und ein bewußtes Sichzurückfinden die Folge ist, dann muß mit der Wirksamkeit jener Tendenzen und Gesetzmäßigkeiten gerechnet werden, die vom Gesichtspunkt der jüdischen Erhaltungsbestrebungen nicht allzu hoffnungsreiche Ausblicke in die Zukunft geben.

Die Landarbeiterfrage in Palästina.

Von R.

(Fortsetzung und Schluß.)

Die zionistische Organisation hat durch die von ihr gegründeten Gesellschaften und durch ihre Vertretung in Palästina der Arbeiterfrage gegenüber folgende Stellung eingenommen:

1. Sie hat durch den Bau von Arbeiterwohnungen in den Kolonien dem Wohnungsmangel abzuhelfen begonnen; hierbei hat sich gezeigt, daß nur der Bau von Einfamilienhäusern zweckmäßig ist, nicht aber der Bau von großen Häusern für unverheiratete Arbeiter, weil die Arbeiter selbst für Ordnung, Sauberkeit und Schonung des Inventars nicht sorgen und geeignete Personen, speziell Frauen, zur Verwaltung und Instandhaltung der Häuser schwer oder gar nicht zu finden sind.

2. Sie hat durch Förderung der von den Arbeitern organisierten Arbeiterküchen den Arbeitern ein besseres und billigeres Essen zu beschaffen versucht. Die erzielten Resultate waren aber nur teilweise befriedigend, weil es den Arbeitern vielfach an der organisatorischen und ökonomischen Fähigkeit zur sparsamen Verwaltung fehlt und tüchtige Köchinnen eine große Seltenheit sind. Viele Arbeiterküchen sind auch daran zu Grunde gegangen, daß sie in zu weitherziger Weise arbeitslosen Arbeitern Essen auf Kredit gaben und durch Nichteingang dieser Außenstände zahlungsunfähig wurden. Eine mehrjährige Erfahrung zeigt, daß die Küchen sich nur da halten können,

a) wo ein tüchtiges und seiner Arbeit ergebenes weibliches Küchenpersonal vorhanden ist;

b) wo das Prinzip der Barzahlung in voller Strenge durchgeführt ist;

c) wo ein in der Kolonie seßhaftes (nicht von einer Kolonie zur anderen ziehendes) Arbeiterelement vorhanden ist. Wo dies nicht der Fall ist, fehlt es den Verwaltern an Ortskenntnis und dem Gefühl der Verantwortung.

3. Die zionistische Organisation hat alle auf Verbesserung des gesundheitlichen und geistigen Lebens der Arbeiter hinzielenden Bestrebungen der Arbeiter befördert, z. B. durch Subventionierung von Krankenkassen, Anerkennung und Fühlungnahme mit den Arbeiterorganisationen usw.

4. Sie hat auf ihren landwirtschaftlichen Betrieben an dem Grundsatze festgehalten, alle Arbeiten, für welche jugendliche Arbeiter zu finden sind, durch diese verrichten zu lassen und den Arbeitern als Lohn dasjenige Minimum zu gewähren, das notwendig ist, um sie arbeitsfähig zu erhalten und geistig nicht verkümmern zu lassen. In Zahlen ausgedrückt heißt dies, daß der Durchschnittsarbeiter, der unverheiratet ist, etwa 50 Francs monatlich erhält. Die Zahl der Arbeiter, die in den von der zionistischen Organisation und ihren Gesellschaften gegründeten Betrieben beschäftigt waren, betrug in den letzten Jahren durchschnittlich 200.

5. Sie hat auch andere Gesellschaften und Privatpersonen, die mit ihr in Fühlung stehen, zur Beschäftigung von jüdischen Arbeitern in möglichst großer Zahl anzuregen gesucht. Sie hat hierbei insbesondere in den von den Pflanzungsgesellschaften eingerichteten Betrieben Erfolg gehabt; allein in diesen Betrieben waren in den letzten Jahren durchschnittlich 300 Arbeiter tätig.

Hat die zionistische Organisation also hierdurch den Arbeitern gegenüber alles, was in ihren Kräften stand, getan, um ihre Lage zu verbessern, ihnen das Verbleiben im Lande möglich zu machen und neue Einwanderer heranzuziehen, so hat sie doch scharf diejenigen Maßnahmen und Forderungen der Arbeiter zurückgewiesen, welche geeignet sind, die Privatinitiative in Palästina zu erdrosseln. Die landwirtschaftliche Kolonisation kann nur dann über den jetzigen kleinen Rahmen hinauswachsen und größere Dimensionen annehmen, wenn das Privatkapital sich ihr zuwendet. Das wird aber nur dann geschehen, wenn der Kapitalist weiß,

a) daß er seines Eigentums sicher ist und seinen Betrieb nach seinem Willen leiten kann;

b) daß das Kapital sich verzinst.

Diese beiden Voraussetzungen werden von den Arbeitern mißachtet, wenn sie durch Streiks und Boykotts den Arbeitgeber vor plötzlichen Ruin stellen, oder wenn sie durch die Forderung der „Awoda tehora" von dem Arbeitgeber so hohe Aufwendungen für Unterkunftsräume und Arbeitslöhne verlangen, daß ihm kein Gewinn mehr bleibt. Das Interesse des Privatkapitals ist ebenso wichtig, wie die Interessen der Arbeiter, denn die jüdische Kolonisation verlangt Arbeit und Kapital. Es ist nötig, den Arbeitern die Existenz in Palästina zu ermöglichen, aber es ist ebenso notwendig, Kapital-Investitionen nicht abzuschrecken.

Solange der jüdische Arbeiter zur Bestreitung seines Existenzminimums einen höheren Lohn beanspruchen muß, als der nichtjüdische Arbeiter, solange als der jüdische Arbeiter nicht mit rein wirtschaftlichen Waffen wie in Europa kämpfen kann, solange wird es immer von dem nationalen Empfinden des Arbeitgebers abhängen, inwieweit er jüdische Arbeiter beschäftigt. Es ist falsch, die Arbeitgeber in Bausch und Bogen anzuklagen, daß sie jedes nationalen Empfindens bar sind. Bei vielen von ihnen besteht der ehrliche Wille jüdische Arbeiter zu beschäftigen, aber die notwendige Rücksichtnahme auf die Ausgaben macht es ihnen nicht oder nur zum Teile möglich. Unter diesen Umständen ist eine reinliche Lösung der Frage heute nicht möglich. Die zionistische Organisation kann weder die Arbeiter noch die

Interessen der Arbeitgeber preisgeben; sie ist gezwungen die „mittlere Linie“ einzuschlagen und zwischen den Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber einen Ausgleich zu schaffen, der zwar beide Teile nicht voll befriedigt, aber doch einen modus vivendi ermöglicht.

Wenn hiernach die Arbeiterfrage in Palästina gewiß ihre Stacheln hat, so ist es doch weit übertrieben, hierin einen Beweis für die Unmöglichkeit der jüdischen landwirtschaftlichen Arbeiter überhaupt zu sehen. In Wirklichkeit besteht die Schwierigkeit nur solange, als die Kolonisation einen *kleinen* Umfang hat; sie ist die Schwierigkeit *der Entwicklungs- oder Übergangszeit* und wird höchst wahrscheinlich in der Zukunft an Schärfe verlieren. Wenn nach dem Kriege und nach Wiederkehr ruhiger und gesicherter Verhältnisse von Juden und Nichtjuden neue große Baumpflanzungen angelegt und unter dem Schutze eines neuen Zolltarifs neue Industrien ins Leben gerufen werden, so wird dies in dem Lande, das ohnehin während des Krieges viele Menschen eingebüßt hat, einen Arbeitermangel und eine *allgemeine* Steigerung der Arbeitslöhne zur Folge haben. Dadurch wird der Lohn des *arabischen* Arbeiters bis zur Höhe des jetzt dem *jüdischen* Arbeiter gezahlten Arbeitslohnes (oder noch darüber hinaus) steigen. Der jüdische Arbeiter wird also nur den allgemein üblichen Lohn empfangen, aber dieser Lohn wird ihm bereits jene Lebenshaltung ermöglichen, die er heute als das Minimum betrachtet.

Man könnte einwenden, daß diese zukünftige Steigerung der Arbeitslöhne die Anlage von Baumpflanzungen, die ja bisher die hauptsächlichste Arbeitsgelegenheit für jüdische und arabische Lohnarbeiter darboten, unrentabel machen und unterbinden würde. Dem ist aber nicht so. In den Kosten, welche die Anlage und Pflege einer Baumpflanzung erfordert, stecken viel mehr Kosten für Bodenpreis, Gemeindeabgaben, Bewachung, Gespannarbeit, Materialbeschaffung und Materialabnutzung (z. B. Heizmaterial und Maschinenabnutzung bei allen bewässerten Pflanzungen) als für menschliche Arbeit. In runden Ziffern kann man sagen, daß von je 100 Francs Kosten für Anlage und Pflege einer Pflanzung nur 25 Francs für menschliche Arbeit ausgegeben werden. Wenn also der Arbeitslohn von dem jetzt dem arabischen Arbeiter gezahlten Durchschnittslohn (ca. 35 Frcs. monatlich) bis zur Höhe des dem jüdischen Arbeiter gezahlten Durchschnittslohnes (ca. 50 Frcs. monatlich), d. h. um etwa 40 Prozent steigt, so würde dies die *gesamten* Kosten für Anlage und Pflege einer Pflanzung nur um 10 Prozent erhöhen. Um dies durch einige Zahlen zu erläutern: betragen jetzt (pro Dunam in Frcs.)

	die Kosten der Anlage bis zur Fruchttragung	die jährl. Kosten der Pflege nach der Fruchttrgg.	die Bruttoeinnahm.	die Nettoeinnahmen in Frcs.	die Nettoeinnahmen in % des Anlage-Kapit.
bei bewässert. Pflanzungen	1200	100	220	120	10%
bei trockenen Pflanzungen	200	10	30	20	10%

so würden sie in Zukunft nach 40%iger Lohnerhöhung betragen:

bei bewässert. Pflanzungen	1320	110	220	110	8,33%
bei trockenen Pflanzungen	220	11	30	19	8,64%

Es ergibt sich also durch die Lohnsteigerung zwar ein Rückgang in der Verzinsung des Anlagekapitals von 10 Proz. auf 8,33 bezw. 8.64 Proz., aber dieser Rückgang macht immerhin die Pflanzungen noch keineswegs unrentabel.

Wenn hiernach die Aussicht besteht, daß in der Zukunft mit der Ausdehnung der Pflanzungen und der industriellen Tätigkeit in Palästina die Arbeiterfrage von selbst ihre Lösung findet, so liegt uns in der Gegenwart umsomehr die Aufgabe ob, Arbeitgeber und Arbeiter ohne unerträgliche Schädigung der Interessen des einen oder des anderen *über die schwierige Übergangszeit hinwegzubringen*. Wir sehen hierzu außer den bisher schon angewandten, oben erwähnten Mitteln noch folgende Wege:

1. Der Arbeiter soll sich in den Jahren, die er als Lohnarbeiter tätig ist, mit dem geringsten Lohn begnügen, der ihm noch ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht; er soll diese Jahre als Jahre notwendiger Entbehrungen betrachten, dafür soll ihm nach 5 bis 10 Jahren angestrengter Arbeit auch ein sicherer Hafen und ein Heim winken. Zwar sind bisher schon von der J. C. A., dem Jüdischen Nationalfonds, den Chowewe Zion, dem Verein Esra Landarbeiter angesiedelt worden, aber dies geschah nur von Fall zu Fall, in ungenügender Zahl, ohne festes Anrecht und ohne bestimmende Mitwirkung der Arbeiter selbst und ohne Normationsbestimmungen. In Zukunft müßte der J. N. F. (am besten zusammen mit allen anderen Kolonisationsgesellschaften) sich bindend verpflichten, während einer gewissen Reihe von Jahren, alljährlich einer bestimmten Zahl von Arbeitern, die mindestens 5 Jahre als Landarbeiter tätig gewesen sind, einen Betrag als *Prämie* zu geben. Diese Prämie, die nicht ein Darlehen, sondern eine unentgeltliche Zuwendung ist, soll zusammen mit einem von einer Agrarbank zu gebenden Kredit dem Arbeiter die Ansiedlung als Häusler (Haus und 5 Dunam Boden) oder wenn er einige Tausend Francs eigenes Kapital besitzt, die Ansiedlung als Kleinsiedler (Haus und 10 bis 20 Dunam Boden, zur Hälfte bewässert) ermöglichen. Die Prämie müßte etwa 3000 Francs betragen. Die zu prämiierenden Arbeiter werden von einer aus Arbeitgebern und Arbeitern bestehenden Kommission unter Vorsitz eines Vertreters des J. N. F. gewählt. Die Arbeiterorganisationen und die Arbeitgeber haben das Recht, dieser Kommission Vorschlagslisten einzureichen.

Wenn der J. N. F. vorläufig für 10 Jahre sich zur jährlichen Prämiierung von 100 Arbeitern mit je 3000 Francs verpflichtet und wenn gleichzeitig eine Agrarbank einen Kredit von 3000 Frcs. für Boden, Gebäude und Pflanzungen bereit stellt, so würde dies den Arbeitern das Gefühl geben, daß ihre Zukunft mehr oder weniger gesichert ist und daß die Jahre der Entbehrungen nicht unbelohnt bleiben. Welch einen großen Einfluß das auf ihre Stimmung und Arbeitsfreudigkeit hätte, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

2. Neben dieser Prämiierung, die allen Landarbeitern von durchschnittlicher Bewährung offen steht, soll die Gewährung von *Ansiedlungsbeihilfen* einhergehen. Die Ansiedlungsbeihilfen sollen jährlich nur an etwa 20 als *besonders tüchtig* bewährte und mit ebensolchen Frauen verheiratete Arbeiter gegeben werden und sollen diese in den Stand setzen, eine gemischte Wirtschaft (Pflanzungen, Getreide, Milchwirtschaft) auf etwa 100 Dunam zu führen. Die Ansiedlungsbeihilfe soll etwa 10 000 Francs betragen; sie soll als Darlehen gegeben werden,

aber nur mit 1 bis 2 Prozent verzinslich und erst 10 Jahre nach Erhalt in 30 Jahresraten rückzahlbar sein. Der Zweck der Ansiedlungsbeihilfe ist nicht nur, besonders tüchtige Arbeiter-Ehepaare zu belohnen und dadurch Fleiß und Tüchtigkeit zu wecken, sondern auch den für die Kolonisation so wünschenswerten Typus des Bauern, d. h. des Getreide- und Milch-Produzenten zu vermehren.

3. Auf alle privaten Pflanzungsgesellschaften, die in Palästina „trockene" Pflanzungen anlegen, muß eingewirkt werden, daß sie auf je 100 Dunam bepflanzten Boden bei erreichter Fruchttragung einem ihrer Arbeiter 5 Dunam Boden, darunter 3 Dunam bepflanzt, als Extralohn übergeben. Da dieser Extralohn nur einen Wert von 700 Francs repräsentiert, so wird dadurch jeder Dunam der angelegten Pflanzung nur um 7 Francs, d. h. um 3½ Proz. der gesamten Anlagekosten verteuert, — eine vergleichsweise geringe Erhöhung, die durch größeren Eifer der Arbeiter und erhöhtes Interesse an der Entwicklung der Pflanzung sicherlich wett gemacht wird.

Pflanzungsgesellschaften, die sich zu dem vorstehenden Extralohn bindend verpflichten, sollen auf ihr Ersuchen vom J. N. F. für jeden anzusiedelnden Arbeiter schon vor Anlage der Pflanzung im Wege des Darlehens oder der Erbpacht ein Arbeiterhaus erhalten, so daß sie die Kosten für die Errichtung von Arbeiterwohnungen ganz oder größtenteils ersparen.

4. Der Arbeiter, der sich als Häusler, Kleinhändler oder Bauer ansiedelt, kann nur dann auf Erfolg rechnen, wenn er eine in Haus- und Hof-Wirtschaft tüchtige Frau findet. Solche Mädchen sind in Palästina bisher sehr selten, da es an Familien oder Anstalten, in denen Mädchen sich in Haushaltung, Milchwirtschaft, Geflügelzucht und Gemüsebau ausbilden können, fast ganz fehlt. Zur Abhilfe dieses Mangels müßten landwirtschaftliche Haushaltungsschulen gegründet und den Mädchen in den Farmen mehr als bisher Gelegenheit zu praktischer Arbeit gegeben werden.

Welt-Echo

1500 jüdische Offiziere. In der Versammlung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wurde mitgeteilt, daß in Preußen etwa 850 Juden, im ganzen Reiche etwa 1500 Juden zu Offizieren befördert worden sind.

Judenzählung im Heere. Der Verband der Deutschen Juden, welcher der Angelegenheit betreffend die aufgenommene Statistik jüdischer Kriegsteilnehmer seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet hat, macht uns auf folgende Punkte aufmerksam:

1. Wie schon bekannt geworden, hat der jetzige Kriegsminister Herr v. Stein in Ergänzung des Erlasses des früheren Kriegsministers Herrn Wild v. Hohenborn eine weitere Verfügung dahin getroffen, daß keineswegs die Behörden usw. Gelegenheit nehmen sollten, Juden aus ihren bisher innegehabten Stellungen zu entfernen, da für solche Maßnahmen nur sachliche Gründe in Frage kommen dürfen.

2. Es ist wiederholt von den höchsten Behörden die Erklärung abgegeben worden, daß bei Anordnung der Statistik irgendwelche Voreingenommenheit gegen die Juden das Kriegsministerium nicht geleitet hat, daß es im Gegenteil Beweise gegen die bei ihm eingelaufenen Anklagen gegen die Juden gewinnen wollte.

3. Der Herr Kriegsminister v. Stein hat mit Bestimmtheit erklärt, daß alle begründeten Beschwerden über Sonderbehandlung von Juden aufs eingehendste geprüft und daß gegebenenfalls Abhilfe geschaffen wird.

4. Fälle, in denen eine solche Sonderbehandlung auch nach dem Ergänzungserlaß des jetzigen Kriegsministers stattgefunden hat, von denen übrigens nur wenige bewiesen sind, haben dem Herrn Kriegsminister bereits Anlaß zu solcher Abhilfe gegeben.

5. Der Herr Kriegsminister hat an den stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes, Geh. Justizrat Cassel, welcher nach einer vom Verbande an den Herrn Kriegsminister gerichteten Eingabe von diesem zu einer Rücksprache empfangen worden war, ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Jedenfalls habe ich festgestellt, daß das Verhalten der jüdischen Soldaten und Mitbürger während des Krieges keine Veranlassung zu der Anordnung meiner Herren Vorgänger gegeben hat und damit nicht in Beziehung gebracht werden kann."

Hebräisch an der Front. Ein jüdischer Soldat berichtet dem „Jewish Chronicle", daß sich in einem englischen Regiment an der Front ein hebräischer Sprachzirkel gebildet habe, der sich eines regen Besuches erfreut und auch nicht-jüdische Teilnehmer hat. Der Soldat schließt seinen Bericht mit den Worten: „Es erscheint sonderbar, daß diese Männer trotz ihrer schweren militärischen Pflichten wöchentlich einige Stunden zur Fortsetzung ihrer Studien erübrigen können, während so viele unseres Volkes, die daheimgeblieben sind, hierzu keine Zeit finden."

Henry Morgenthau, der frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in Konstantinopel, ist mit der goldenen Medaille ausgezeichnet worden, die von der B'ne Brith Loge in Amerika dem Mann verliehen wird, der „während des letzten Jahres das Meiste für das Judentum geleistet hat".

Nationale Union für Jüdische Rechte. Die Londoner „National Union for Jewish Rights“ hat in ihrer Generalversammlung Anfang Januar Herrn Oberrabbiner Dr. Gaster zu ihrem Präsidenten gewählt.

Die Amerikanisch-Jüdische Hilfsaktion. Die Gesamtsumme der beim Joint Distribution Committee für die notleidende jüdische Bevölkerung eingegangenen Gelder betrug am 8. Dezember 1916 6.389.422.40 Dollars.

Die Selbstbesteuerung zu Gunsten notleidender Juden. Das „Moskauer Jüdische Hilfs-Comité“ hat in seinem Bezirk folgende Skala für monatliche Selbstbesteuerung eingeführt, die sich bestens bewährt hat:

Bei einem Verdienst von:
50 Rubel per Monat 1% Selbstbesteuerung
100 Rubel per Monat 1½% Selbstbesteuerung
200 Rubel per Monat 2% Selbstbesteuerung
300 Rubel per Monat 3½% Selbstbesteuerung
500 Rubel per Monat 4% Selbstbesteuerung
700 Rubel per Monat 5% Selbstbesteuerung
1000 Rubel per Monat 6% Selbstbesteuerung
über 1000 Rubel per Monat 7% Selbstbesteuerung.

Diese Skala brachte folgende Resultate: Allein in Moskau, einer Stadt mit einer verhältnismäßig kleinen jüdischen Bevölkerung, bezahlten im August 1915 2102 Personen die selbst auferlegte Steuer, und der Totalbetrag für diesen Monat ergab 80.427 Rubel. Im August 1916 zahlten 3792 Personen die Steuer, die in diesem Monat 108.889 Rubel einbrachte. Daraus geht hervor, daß die Zahl der Steuerzahler sich im Laufe eines Jahres um 80% und die gesammelten Beträge um 35½% erhöht haben.

Von Interesse sind auch die Gesamtsummen, die das Moskauer Komitee während der 22 Monate von August 1914 bis Mai 1916 gesammelt hat.

Die Selbstbesteuerung hat für die Stadt Moskau allein in dieser Zeit 1.038.000 Rubel eingebracht, während die Summe, die durch andere Wohltätigkeitssammlungen aufgebracht wurde, nur 228.000 Rubel ergab, also kaum mehr als ein Fünftel des erstgenannten Betrages.

In Rußland ist die Selbstbesteuerung zu Gunsten der notleidenden jüdischen Bevölkerung überall eingeführt, und es wäre wünschenswert, wenn die jüdischen Hilfskomitees in den anderen Ländern dieser Einrichtung ebenfalls ihre Aufmerksamkeit zuwenden wollten.

Joseph Halévy.

Aus Paris kommt die Nachricht, daß dort im hohen Alter von 90 Jahren der berühmte Orientalist und Bibelforscher Joseph Halévy gestorben ist. Durch sein Hinscheiden erleidet die Orientalistik, vor allem die Semitologie einen sehr großen Verlust, der durch den Umstand keineswegs gemildert wird, daß Halévys Theorien öfters starke Anfechtung erfuhren.

Joseph Halévy wurde 1827 in Adrianopel als Sohn einer jüdischen Familie geboren; er beschäftigte sich schon in seiner Jugend, während seiner Tätigkeit als Lehrer zuerst in seiner Vaterstadt und später in Bukarest, fleißig mit dem Studium der orientalischen Sprachen und der Archäologie. 1868 wurde er von der „Alliance israëlite universelle“ nach Abessinien zur Erforschung der Sitten und der Geschichte der Falaschas gesandt. Er entledigte sich seiner Aufgabe mit solchem Erfolge, daß er bereits im folgenden Jahre von der Pariser „Académie des Inscriptions et Belles-Lettres“ beauftragt wurde, die sabäischen Inschriften in Yemen zu entziffern. Von dieser Forschungsreise, über deren wissenschaftliche Resultate er in seinem „Rapport sur une mission archéologique dans le Jémen“ (Paris, 1872) berichtete, brachte er fast 700 sabäische Texte mit, die wertvolle Aufschlüsse über die Sprache, Sitten und den Glauben der Sabäer gewährten. Seit 1879 lehrte Halévy als Professor der äthiopischen Sprache an der Pariser Hochschule und bekleidete auch den Posten des Bibliothekars der Französischen Asiatischen Gesellschaft.

Besondere Berühmtheit erlangte Halévy durch seine Polemik mit den bedeutendsten Assyriologen über den Ursprung der sumerischen Sprache. Halévy vertrat die Ansicht, daß sie eine geheime Kunstsprache semitischen Ursprungs sei, die von den babylonisch-assyrischen Priestern für ihren Verkehr miteinander erfunden wurde. Diese Theorie, zu deren Anhängern eine Zeitlang u. a. auch Friedrich Delitzsch zählte, rief starken Widerspruch in der Gelehrtenwelt hervor und konnte nicht durchdringen. Hommel nennt sie in seiner „Geschichte Babyloniens und Assyriens“ geradezu „eine der absurdesten Behauptungen, die je gemacht worden sind“, und bedauert nur den vielen unnützen Aufwand an Scharfsinn, den Halévy zu ihrer Unterstützung aufbot. In zahlreichen, außerordentlich geistreichen Schriften versuchte Halévy, der übrigens in seinen „Recherches bibliques“ (1895—1901) auch die sogenannte elohistisch-jahwistische Textzusammensetzung der Bibel verneint, den Beweis für die Richtigkeit seiner Theorie zu erbringen und die Einwände seiner Gegner zu entkräften; doch waren seine Bemühungen von keinem Erfolge begleitet. Wenn man in der Wertung dieses Teiles von Halévys wissenschaftlichen Forschungen geteilter Meinung sein kann, so kommt ihm auf jeden Fall das Verdienst zu, eine Polemik entfacht zu haben, die bedeutende wissenschaftliche Ergebnisse zeitigte. Als Semitologe aber gehört Halévy unbestritten zu den allerhervorragendsten Gelehrten, und derselbe Hommel, der das oben angeführte scharfe Urteil über Halévys sumerische Sprachentheorie fällt, rühmt ihn als ausgezeichneten Kenner der semitischen Sprachen. Die Semitologie verdankt Halévy, von dem behauptet wird, daß er fast alle semitischen Sprachen vollkommen beherrschte, eine Unmenge von Textentzifferungen, Übersetzungen und Sprachanalysen, die in ihrer Gesamtheit eine überaus wertvolle Bereicherung der Wissenschaft bedeuten. Außer zahlreichen Werken umfaßt Halévys wissenschaftlicher Nachlaß eine Reihe von Artikeln im „Journal Asiatique“ und in der von ihm herausgegebenen „Revue Sémitique“.

Neben seinen wissenschaftlichen Arbeiten betätigte sich Halévy auch erfolgreich als Dichter. 1895 veröffentlichte er in hebräischer Sprache eine Gedichtsammlung, die u. a. Übersetzungen aus Schiller, Byron und Victor Hugo enthielt und von einem starken nationalen Empfinden zeugte.

Senatspräsident Eduard Silbermann.

Kaum ein Jahr ist es her, daß wir an dieser Stelle die Ernennung Eduard Silbermanns zum Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Heinrich Harburger melden konnten. Und nun ist auch er schon tot. Allzu kurz bekleidete er sein hohes Amt und viel zu früh wurde er den Seinen und seinem Kreise entrissen.

Anläßlich seiner vorjährigen Ernennung zum kgl. Senatspräsidenten haben wir den Lebensweg des Verblichenen geschildert.

Präsident Silbermann, der lange Jahre dem Vorstand der Münchner Kultusgemeinde angehörte und auch ständiger Besucher der orthodoxen Synagoge war, interessierte sich für alle jüdischen Fragen, war Mitglied vieler jüdischer Vereine und gläubiger Jude.

Nie werden wir seine Verdienste vergessen, und nie wird das Andenken an diesen klugen, gütigen und edlen Menschen und Juden verlöschen.

Ludwig L.

Jüdische Jugend.

Tagebuch für die jüdische Jugend.

(Verlag Löwit-Wien.)

Kurz vor Ausbruch des Krieges war es; da saßen Blau-Weiße aus den verschiedensten Teilen Deutschlands zusammen, in mondheller, lauer Sommernacht; die Zupfgeigen klangen, und die Wünsche und Gedanken schweiften ins Weite. Kurz darauf kam der 9. Aw, kaum konnte man noch heimgelangen; zerrissen sanken alle jüdischen Träume zu Boden.

Daran mußte ich immer und immer wieder denken, als ich das Tagebuch für die jüdische Jugend durchlas, das der Breslauer Blau-Weiß-Führer Marcus, zusammen mit hauptsächlich österreichischen Blau-Weiß-Führern herausgegeben hat.

Es ist eine Tat, die Stimmung zu fassen, die herausdringt aus froher jüdischer Jugendlichkeit, die sich bewußt neue innere Werte im Judentum erringen will.

Mit gutem Grunde wird vor Bubers Aufsätzen das Wort gestellt: „Wir haben nur einen großen Helfer auf Erden, den wir anrufen können, das ist die Urzeit unseres Volkes."

Das Buch sucht unsere Gegenwart mit unserer Vergangenheit harmonisch zu verbinden; so in den feinen, innigen Erklärungen der Feste, so in Calvarys Wanderbildern aus Judäa, so vor allem in dem musterhaften Kalendarium, in dem historische Gedenktage, ausgewählte Bibelstellen, meist aus den Wochenabschnitten, und Bilderschmuck sich so gut verbinden, daß jeder ob des frischen jungjüdischen Geistes helle Freude empfinden muß...

Was damals in den letzten Julitagen des Jahres 1914 in treuester Freundschaft zusammensaß und zusammensang, das hat der Weltensturm jetzt in alle Winde zerstreut, aber sein Geist lebt noch, so stark wie je, das beweisen die schönen Blätter und Bilder des Tagebuchs für die jüdische Jugend.

Jehudi.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Personalien.

Der Sanitätsfeldwebel Joseph Levi, München, wurde mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet.

Der Israelitische Verein Frauenhilfe E. V. hielt am Donnerstag, den 8. Februar eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, bei der eine Änderung des Namens des Vereins beschlossen wurde. Der Verein soll künftig den Namen „Israelitische Jugendhilfe E. V." tragen. Der Grund für diesen Beschluß liegt darin, daß der bisherige Name den Zweck des Vereins nicht richtig zum Ausdruck brachte. Der Verein hat sich seit seiner Gründung bis jetzt ausschließlich durch die Schaffung von Kindergärten, Kinderhorten und die Veranstaltung von Abenden für erwachsene jüdische Mädchen betätigt. Er will in Zukunft seine Tätigkeit mehr der allgemeinen jüdischen Jugendfürsorge widmen. Zu diesem Zweck wurde beschlossen, daß gemeinsam mit der Ortsgruppe München des jüdischen Frauenbundes ein Ausschuß für Jugendfürsorge gebildet wird, der insbesondere alle mit der Fürsorge für die schulentlassene Jugend zusammenhängenden Fragen zu behandeln haben wird. Der Jugendfürsorge-Ausschuß soll sich auch der Angelegenheit der Kriegspatenschaft annehmen, eine Einrichtung, die bisher hier lediglich von den katholischen und protestantischen Jugendvereinen gepflegt wurde, für die sich aber auch innerhalb der jüdischen Kreise ein erhebliches Interesse geltend gemacht hat. (Wir werden auf diese Frage noch ausführlicher zurückkommen. D. Red.)

Die Verwaltung der Israelitischen Kultusgemeinde München gibt bekannt, daß die Einhebung der Kultusbeiträge für das Jahr 1917 und zwar der Rate für das erste Halbjahr von Sonntag, den 18. Febr. bis einschl. Freitag, den 23. Febr. d. J. vorm. von 9—12 Uhr, der Rate für das zweite Halbjahr von Sonntag, den 17. Juni bis einschl. Freitag, den 22. Juni l. J. vorm. von 9—12 Ukr in der Gemeindekanzlei Herzog Maxstr. 7/I statttfindet. Einzahlungen können auf das Postscheckkonto Nr. 124 geleistet werden. Die Vorausbezahlung des ganzen Jahresbeitrags ist dem Ermessen der Beitragspflichtigen anheimgestellt. Nach Umfluß der Zahltage werden die an denselben nicht eingegangenen Beiträge bei den Pflichtigen unter Erhebung einer Mahngebühr von 20 Pfg. einkassiert.

Die Israelitische Kultusgemeinde in München (1. Vorstand: Justizrat Ofner, Sekretär: M. Guggenheim) veröffentlicht ihren Bericht über die Wohltätigkeitsflege für das Jahr 1916. Aus den Einkünften der Gemeinde und den Kultusbeiträgen dürfen bekanntlich die Ausgaben für Wohltätigkeit nicht bestritten werden. Diese werden einer besondern Wohltätigkeitskasse entnommen. Aus dieser Kasse werden jüdischen Armen zweimal im Jahre Beiträge zur Wohnungsmiete und sonstige Unterstützungen gewährt. Ausnahmsweise erhalten auch nicht hier wohnende, besonders durchreisende jüdische Arme, Spenden. Beiträge zum Mietzins wurden gewährt im Betrage von 7715 Mk., sonstige Unterstützungen an hiesige Arme 14711.74 Mk., Unterstützung an nicht hier wohnende Arme 966 Mk., Überweisung an den Kriegshilfsfonds 388.60 Mk.

Für die Israelit. Waisenstiftung in München wurden eingenommen an Zinsen der angesammelten Kapitalien 20641.97 Mk. Ausgegeben wurden (als Erziehungsbeiträge für 55 Kinder usw.) 14076.13 Mk.

Der Stammfonds betrug Ende 1915 Mk. 569589,90, Ende 1916 Mk. 581701,09.

Neu in Verwaltung wurden genommen die folgenden Stiftungen:

Aron u. Babette Wassermannsche Wohltätigkeitsstiftung.
Ludwig Weinschenksche Wohltätigkeitsstiftung.
Louis und Lina Steinhartersche Kriegsfürsorgestiftung.
Hildegard Steppachersche Stiftung.
Baronin Adelaide von Neuschotzsche Wohltätigkeitsstiftung
Gerson und Dora Loewenthalsche Stiftung.
Ernst Neumetzgersche Stiftung.
Ernst Heßsche Wohltätigkeitsstiftung.
Friederike Einhornsche Stiftung.
Nath. und Dora Herrmannsche Wohltätigkeitsstiftung.
Peppi Obermayersche Stiftung.
Dr. Wahlhaus'sche Stiftung.
Nachlaß Albert Rappaport.

An Zuschüssen zum Grundvermögen bezw. für die Betriebsrechnung bereits bestehender Stiftungen ausschließlich der Israel. Waisenstiftung wurde ein Gesamtbetrag von Mk. 9050.— eingenommen.

Rechenschaftsbericht der Krankenfürsorge isr. Vereine in München (e. V.) für das Jahr 1916. Wie die Mehrzahl der israelitischen Wohltätigkeitsvereine in München, sehen auch wir davon ab, für das Jahr 1916 einen größeren Bericht zu veröffentlichen. Wir geben nachstehend Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben; das Verzeichnis der Spenden und Mitglieder wird einem späteren Berichte beigegeben werden. Aus dem Kassaabschlusse sei nur hervorgehoben, daß die infolge des Krieges wesentlich gewachsenen Ausgaben noch mit den Einnahmen gedeckt werden konnten und daß im Berichtsjahre die immerwährende Mitgliedschaft für die verewigte Frau Baronin Adelaide von Neuschotz, geb. Jolles erworben wurde.

Kassaabschluß für 31. Dez. 1916. Einnahmen: Kassabestand am 1. Jan. 1916: 2606.61, Zinsen: 598.45, Beiträge 3934.—, Geschenke und Vermächtnisse 3187, Sonstige Einnahmen 150.80. Ausgaben: An Krankenanstalten 4546.34, Sonstige Ausgaben auf den Zweck 3084.90, Verwaltungskosten 221.35, Zugang an Wertpapieren (Nennwert) 100.—, Barbestand 2524.27 Mk.

Der Ausschuß: Justizrat Leo Oppenheimer, R.-A., 1. Vorstand; Louis Selinger, 2. Vorstand; Bernhard Raff, Kassier; Jakob Hirschinger, 1. Schriftführer; Mina Wiener 2. Schriftführerin; Hofrat Dr. E. Dörnberger, prakt. Arzt; Amalie Weinberger; Adolf Herz, Kommerzienrat; Dr. A. Alexander, prakt. Arzt.

Die Gabriel und Rosa Rittersche Stiftung veröffentlicht ihren Jahresbericht für das Jahr 1916 der rituellen Speiseanstalt. Die Gesamtzahl der im Laufe des Jahres verabfolgten Mahlzeiten betrug 55 811 gegen 51 062 im Vorjahr. Hiervon wurden unentgeltlich aus Stiftungsmitteln 34 080 und zu niedrigen Preisen (von 25—45 Pfg.) 21 731 Mahlzeiten abgegeben. Da abgelaufene Jahr hat der Anstalt immer mehr den Stempel der Volksküche aufgedrückt. Das städt. Lebensmittelamt erwies sich hinsichtlich der Zuteilung von Lebensmitteln als sehr entgegenkommend. Die Einnahmen und Ausgaben waren wie folgt:

Einnahmen	Mk.
Kasebestand aus dem Vorjahr	264.76
Kapitalzinsen	8 685.72
Spenden, laut Verzeichnis	9 456.45
Erlös aus den in der Anstalt angeglied. Anstalt verkauften Speiseanweis.	7 460.50
	25 867.43

Ausgaben.	Mk.
Viktualien, Naturalien u. Fleischbedarf	18 017.69
Gehälter und Löhne	2078.—
Beheizung	679.36
Beleuchtung	100.—
Miete	2 450.—
Regieausgaben	1 794.51
Verwaltungsgebühr	259.—
Depotgebühr	91.40
Kassebestand	397.25
	25 867.43

Die Liste der Spenden beweist, daß sich die Gönner der Anstalt der wichtigen Aufgabe des Instituts gerade zu jetzger Zeit voll bewußt waren.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß". 18. Febr. 1. Zug: Hauptbahnhof 7.40. Solln—Ebenhausen mit Rodel. Kosten 55 Pfg. 2. Zug: Starnbergerbahnhof 7.15. Pasing — Mühltal — Unterpfaffenhofen. Kosten 75 Pfg. 1. Grupe: Mädi Feuchtwanger. Hauptbahnhof 10.25. Ins Heim mit Rodel. Kosten 1.05. 2. Gruppe: Martha Goldfarb, Rotkreuzplatz 8.45. Allach—Nymphenburg. Kosten 5 Pfg. 3. Gr.: Hanna Kraft. Isartalbahnhof 8 Uhr. Solln—Planegg—Pasing. Kosten 25 Pfg. 4. Gruppe: Hauptbahnhof 1.45. Rodelfahrt. Kosten 30 Pfg. Heimabende: 1. Zug: 20. Febr. 4.45 Uhr.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein München. Zöglingsturnen. Die Anmeldungen der Kinder werden Donnerstag, den 22. Februar d. J. abends zwischen 7 und 8 Uhr in der Bayerstraße 67/69 Rückgebäude I. Stock entgegengenommen, wo auch alles Nähere bekannt gegeben wird.

Der Turnrat.

Unsere Mitglieder treffen sich jeden Samstag 8.30 Uhr am Stammtisch im Café Orlando di Lasso.

Verein Bne-Jehuda München. Die Mitglieder treffen sich am kommenden Samstag, den 17. ds. Mts. am Stammtisch im Hotel Reichshof.







Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München